



www.laender-analysen.de/ukraine

WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG MACHTKAMPF NACH DEN WAHLEN

- | | | |
|-------------------------|--|----|
| ■ ANALYSE | | |
| | Wirtschaftlicher Ausblick für 2010: Langsame Erholung zu erwarten
Von Ricardo Giucci und Robert Kirchner, Berlin/Kiew | 2 |
| ■ STATISTIK | | |
| | Wirtschaftsentwicklung der letzten zwei Jahre | 4 |
| ■ STATISTIK | | |
| | Die aktuellen ukrainischen Wirtschaftsdaten im internationalen Vergleich | 7 |
| <hr/> | | |
| ■ KOMMENTAR | | |
| | Versöhnen statt Spalten – in Kiew?
Von Ursula Koch-Laugwitz, Vasyl Andrijko und Taras Mykhalniuk, Kiew | 9 |
| <hr/> | | |
| ■ CHRONIK | | |
| | Vom 10. bis zum 23. Februar 2010 | 11 |
| <hr/> | | |
| ■ VERANSTALTUNGSHINWEIS | | |
| | Veranstaltungen der DGO im Hinblick auf die Ukraine | 12 |

*Die Ukraine-Analysen werden vom
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.*

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Analyse

Wirtschaftlicher Ausblick für 2010: Langsame Erholung zu erwarten

Von Ricardo Giucci und Robert Kirchner, Berlin/Kiew

Zusammenfassung

Die internationale Krise hat die Ukraine besonders hart getroffen. Die Wirtschaftsleistung ist im Jahr 2009 um ca. 14 % zurückgegangen; ein massiver Einbruch, auch im regionalen Vergleich. Neben der Kredithilfe des IWF haben reale Lohnsenkungen, eine starke Abwertung der Währung sowie eine restriktive Geldpolitik entschieden zur wirtschaftlichen Stabilisierung des Landes beitragen.

Für 2010 wird eine moderate wirtschaftliche Erholung prognostiziert. Während die Ukraine von der globalen Erholung der Wirtschaft profitieren sollte, kehren die starken außenwirtschaftlichen Wachstumsimpulse der Vorkrisenzeit wohl so schnell nicht zurück; das BIP wird voraussichtlich lediglich um ca. 3 % ansteigen. Strukturreformen als langfristiger Wachstumsmotor scheinen daher wichtiger denn je zu sein. Aber auch bei der makroökonomischen Stabilisierung stehen wichtige Aufgaben bevor. Insbesondere muss das Budgetdefizit in enger Zusammenarbeit mit dem IWF reduziert werden. Es gibt viel zu tun und das Zeitfenster ist begrenzt.

Rückblick 2009

Das Jahr 2009 wird in die Geschichte der Ukraine als ein »Krisenjahr« eingehen. Die wirtschaftliche Tätigkeit ist massiv eingebrochen; das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank um etwa 14 % und entwickelte sich damit schlechter als in den Nachbarländern Russland (-8 %) und Belarus (+0,2 %). Wie zu erwarten, ist auch die Arbeitslosigkeit gestiegen. Die Arbeitslosenrate (ILO-Methodologie) stieg von 6,9 % Ende 2007 auf geschätzte 9,2 % Ende 2009. Dieser recht moderate Anstieg ist u. a. der Tatsache zu verdanken, dass die Löhne und Gehälter flexibel reagiert haben. So sanken 2009 die Reallöhne um 10 %. Damit hat der Arbeitsmarkt einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Ukraine geleistet.

Ein weiterer stabilisierender Faktor war die Geld- und Wechselkurspolitik der Nationalbank der Ukraine (NBU). Bereits im vierten Quartal 2008 fand eine signifikante Abwertung der Hrywnja statt, die zur Wiederherstellung eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts dringend erforderlich war. In der Folge hat die NBU im Jahr 2009 durch eine verhältnismäßig restriktive Geldpolitik indirekt den Kurs der Hrywnja unterstützt, der sich im Jahresverlauf bei einem Wert von etwa 8 UAH/USD stabilisiert hat. Aber auch die Inflationsrate ging in Folge dieser Politik zurück, trotz der massiven Abwertung Ende 2008. Die Teuerungsrate sank von 22,3 % Ende 2008 auf 12,3 % Ende 2009. Diese restriktive Politik wurde aber von praktisch allen politischen Kräften kritisiert und die NBU geriet sehr stark unter politischen Druck.

Der starke politische Druck auf die NBU ist allerdings in erster Linie fiskalisch begründet. 2009 wurde

eine Reihe von Maßnahmen zur Reduktion des Haushaltsdefizits implementiert, diese gingen allerdings nicht weit genug. Zentrale Bereiche wie Renten und Energiepreise wurden aus politischen Gründen nicht angefasst. Als Folge resultiert daraus ein sehr hohes Haushaltsdefizit, das allerdings in Abhängigkeit von der konkreten Bewertung einer Reihe von Transaktionen (staatliche Zuwendungen an Naftohaz bzw. den Pensionsfonds, die Zuteilung von Sonderziehungsrechten durch den IWF und die Maßnahmen zur Rekapitalisierung von Banken) sehr unterschiedlich ausfällt: Die Schätzungen für das Budgetdefizit im Jahr 2009 liegen deshalb je nach konkreter Auslegung zwischen 5,4 % und 9,0 % vom BIP. Dieses sehr hohe und gegenwärtig kaum finanzierbare Defizit erklärt den Wunsch der Politik, die Notenpresse zur Finanzierung der Staatsausgaben einzusetzen. Eine zentrale Lehre aus der Krise 2009 sollte deshalb sein, dass die Unabhängigkeit der NBU gestärkt werden muss.

Ausblick 2010

Am Anfang des neuen Jahres 2010 stellt sich unmittelbar die Frage, wie sich die wirtschaftliche Situation weiterentwickeln wird. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Prognosen der zentralen makroökonomischen Indikatoren durch eine Reihe von internationalen und nationalen Institutionen.

Realwirtschaft/BIP: Für 2010 zeichnet sich eine langsame, moderate Erholung des BIP ab. Hierbei spielen auch statistische Basiseffekte eine Rolle, die nach dem starken Fall des BIP im Jahr 2009 für ein positives Wachstum im Folgejahr sorgen. Dieses Wachstum ist vor allem durch die anziehende externe Nachfrage

bedingt, während die inländische Nachfrage wohl erst zeitverzögert Impulse setzen kann. Die weitere Erholung der weltwirtschaftlichen Lage bleibt dabei der zentrale Einflussfaktor auf die ukrainische Wirtschaft. Eine Verschlechterung der globalen Lage würde dabei unmittelbar Abwärtsrisiken implizieren.

Tabelle 1: Prognosen der zentralen wirtschaftlichen Indikatoren 2010

	Weltbank	IWF	IER Kiew
reales BIP-Wachstum, in %	2,5	2,7	3,4
BIP, in Mrd. USD	k.A.	119,7	125,2
Inflation, in % zum Jahresende	10,6	9,0	11,5
Leistungsbilanzsaldo, in % vom BIP	0,1	0,2	-1,1
Budgetdefizit, in % vom BIP	4,0	4,0*	3,8
Staatsverschuldung, in % vom BIP	41,7	38,6	k.A.

* inklusive Naftobaz

Inflation: Nach einem stetigen Rückgang der Inflation im Verlauf des Jahres 2009 stellt sich die Frage, ob sich diese Entwicklung auch 2010 fortsetzen wird. Die Prognosen sehen hier nur einen leichten Rückgang vor; es ist sehr wahrscheinlich, dass die Inflationsrate im Jahresverlauf auf einem niedrigen zweistelligen Niveau verharrt. Unsicherheiten ergeben sich hierbei durch die dringend notwendigen Preisanpassungen im Energiebereich, die bisher unterblieben sind.

Leistungsbilanz: Der Großteil der Anpassung der Leistungsbilanz ist im Jahresverlauf 2009 erfolgt, so dass diese nun fast ausgeglichen ist. Während es 2010 zu einem deutlichen Anstieg der Exporte kommen sollte (vgl. die Erläuterungen zum BIP), werden bei einer moderaten Erholung auch die Importe steigen. Daher sollte der Leistungsbilanzsaldo im Vergleich zu 2009 etwa unverändert bleiben, d. h. die Leistungsbilanz nahezu ausgeglichen sein. Damit ist aus dieser Richtung kein Druck auf den Wechselkurs zu erwarten.

Öffentliche Finanzen: Die angespannte fiskalische Lage ist auch im neuen Jahr der größte Risikofaktor, da hier die Unsicherheiten besonders groß sind. Bisher

Über die Autoren:

Dr. Ricardo Giucci ist Leiter und Robert Kirchner Mitglied der Deutschen Beratergruppe bei der ukrainischen Regierung, die durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) im Rahmen des TRANSFORM-Nachfolgeprogramms finanziert wird.

Der abgedruckte Text ist ein Nachdruck des aktuellen Newsletters der Beratergruppe (Nr. 17 vom Januar 2010). Zum regelmäßigen Bezug des Newsletters genügt eine Email an newsletter@beratergruppe-ukraine.de

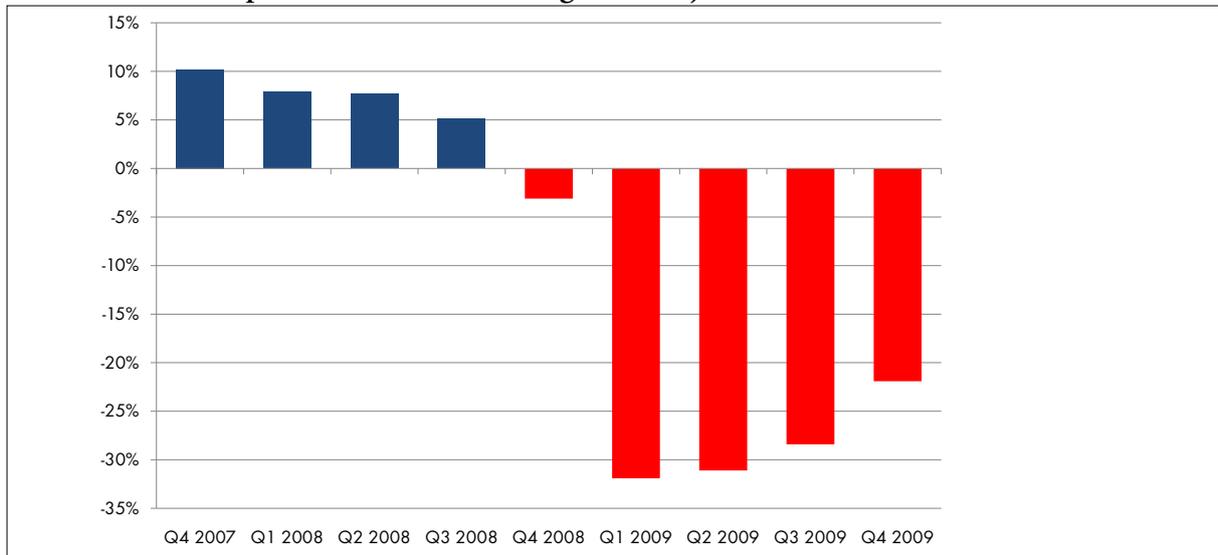
ist vom Parlament kein Budget für 2010 verabschiedet worden, so dass nach geltender Gesetzgebung das Vorjahresbudget weiter exekutiert wird. Neben dem angesprochenen fehlenden Willen zu notwendigen Anpassungsmaßnahmen wurden Ende 2009 neue, ungedeckte Versprechungen im populistischen Gesetz bezüglich der Mindestlöhne und -renten gemacht. Vor dem Hintergrund des fehlenden Kapitalmarktzugangs im Ausland und eines unterentwickelten inländischen Kapitalmarktes bedeutet das auch ein latentes Risiko für die Inflationsentwicklung.

Eine Prognose für 2010 ist unter diesen Umständen sehr schwierig, aber klar ist, dass dem Budget 2010 eine zentrale Rolle zukommen wird. Es ist zu erwarten, dass im Kontext einer Fortführung der Kooperation mit dem IWF nach einer Konsolidierung der politischen Lage ein realistisches Budget verabschiedet wird, das diesen Erfordernissen Rechnung trägt. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass im Zuge der Krise auch die Staatsverschuldung deutlich zunimmt: Von 12,4 % des BIP Ende 2007 auf ca. 40 % des BIP Ende 2010.

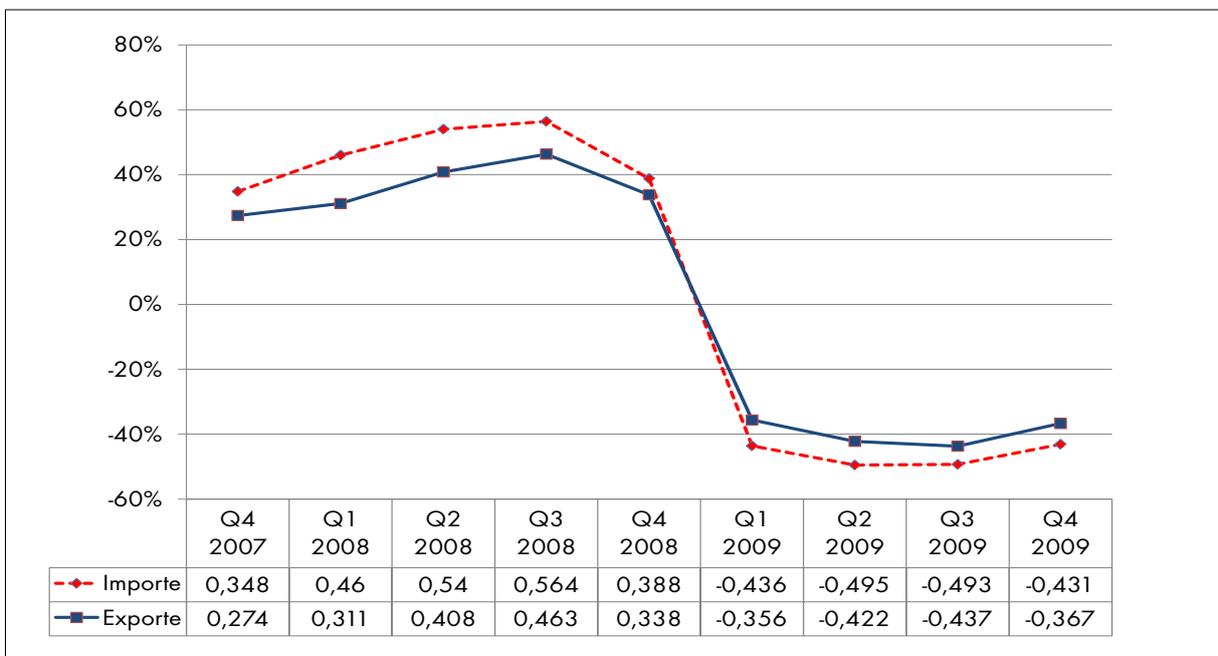
Fazit

Eine langsame, moderate Erholung der Realwirtschaft ist aus heutiger Sicht das wahrscheinlichste Szenario der weiteren Entwicklung. Die Lage bleibt dabei allerdings fragil und von vielen Unsicherheiten gekennzeichnet. Ein zentraler Einflussfaktor dieser Erholung bleibt die externe Situation in Form der weiteren Entwicklung der Weltwirtschaft.

Eine schnelle Rückkehr zu den hohen Wachstumsraten vor der Krise wird es dabei jedoch nicht geben. Wachstumstreiber der Vergangenheit wie ein hohes Exportwachstum (z. B. bei den Stahlexporten) sowie eine dynamische Expansion des inländischen Konsums (begünstigt durch ein starkes Kreditwachstum) werden so schnell nicht wiederkommen. Die Notwendigkeit für strukturelle Reformen steigt damit unmittelbar. Als Basis einer solchen ambitionierten, mittelfristigen wirksamen Reformagenda muss aber eine stabilitätsorientierte Geld- und Fiskalpolitik stehen. In diesem Zusammenhang ist die Wiederaufnahme der Kooperation mit dem IWF ohne Alternative, und als aktuell wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe anzusehen.

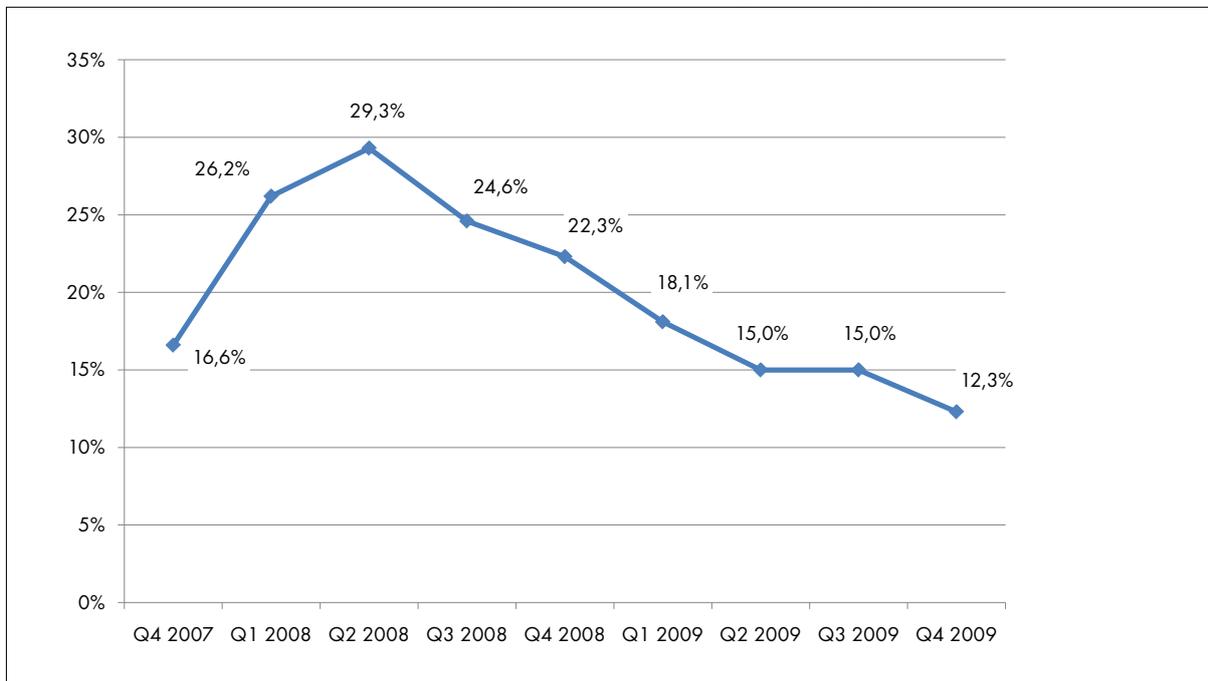
Statistik
Wirtschaftsentwicklung der letzten zwei Jahre
Grafik 1: Industrieproduktion (Veränderung zum Vorjahreszeitraum)


Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor 2/2010.

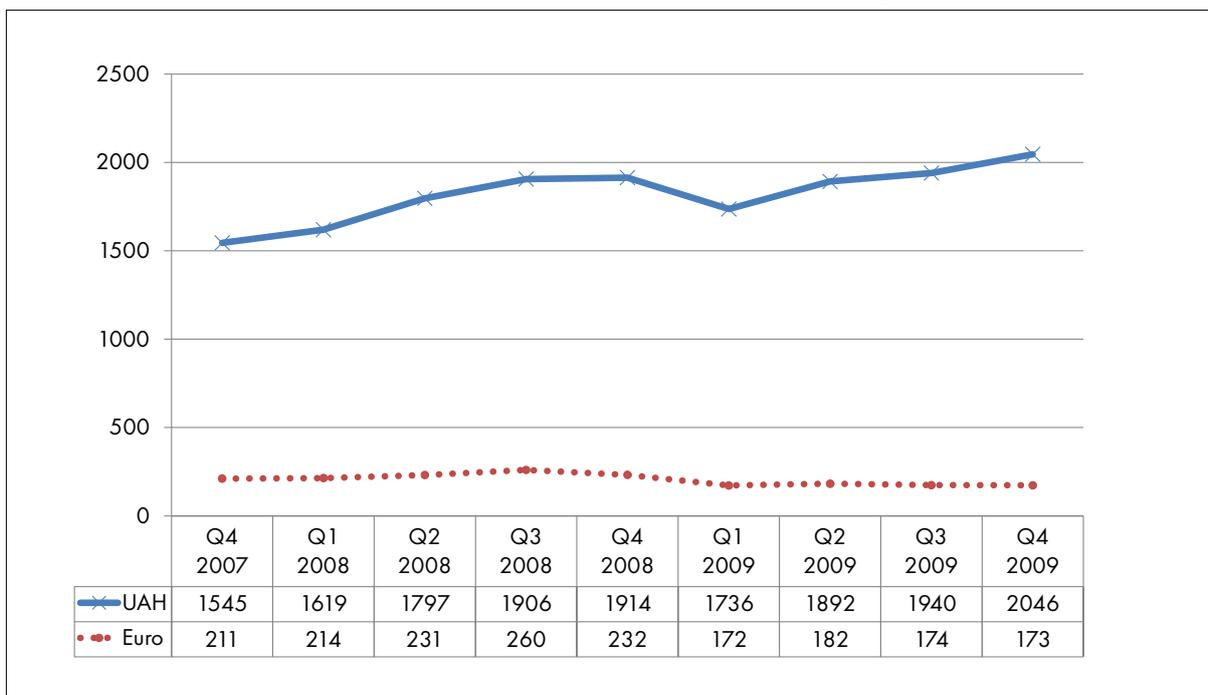
Grafik 2: Importe und Exporte (Veränderung zum Vorjahreszeitraum, gemessen in US-Dollar)


Anmerkung: Zahlen für das letzte Quartal 2009 sind eine vorläufige Schätzung der ukrainischen Nationalbank.

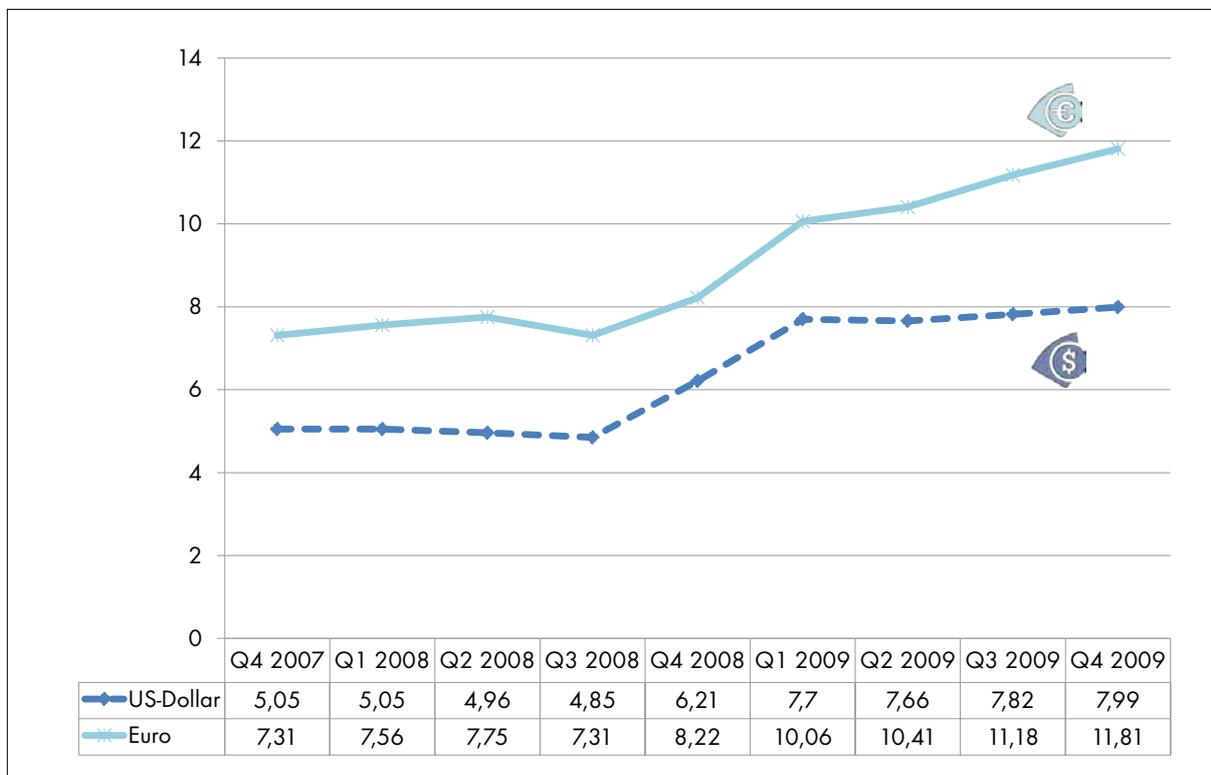
Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor 2/2010.

Grafik 3: Inflationsrate (Konsumentenpreise, Veränderung zum Vorjahreszeitraum)


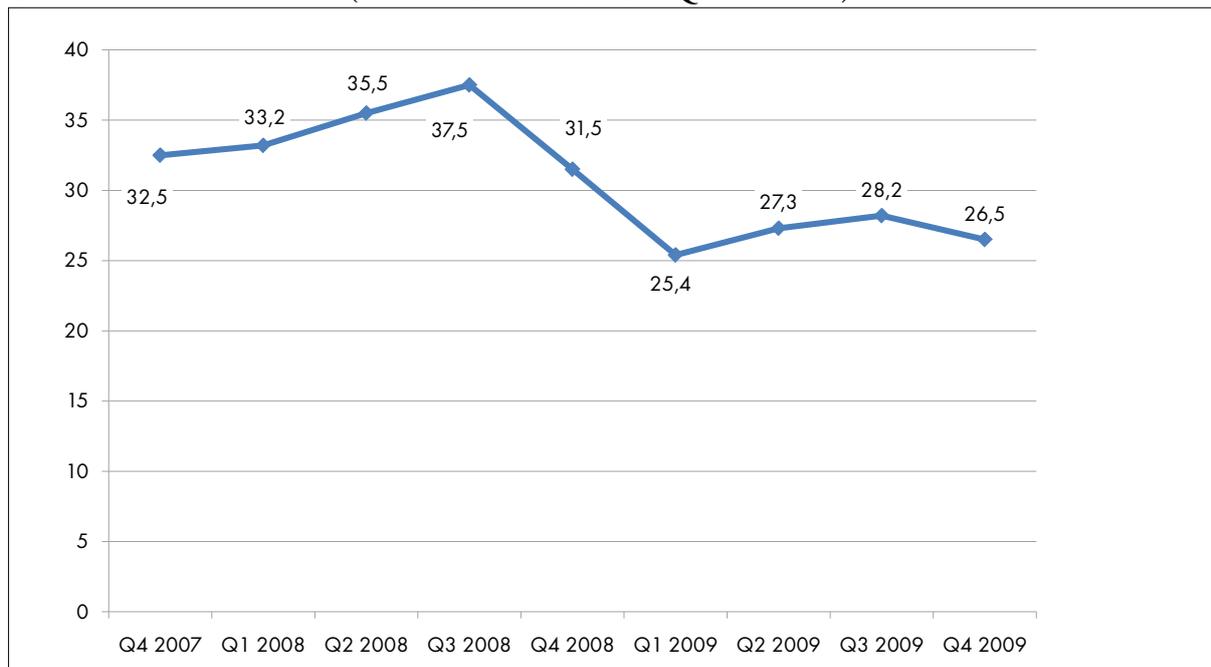
Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor 2/2010.

Grafik 4: Durchschnittslohn (in Hrywnja sowie in Euro zum jeweiligen Wechselkurs)


Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor 2/2010.

Grafik 5: Wechselkurse (offizieller Kurs, Durchschnittswert für das jeweilige Quartal)


Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor 2/2010.

Grafik 6: Devisenreserven (in Mrd. US-Dollar zum Quartalsende)


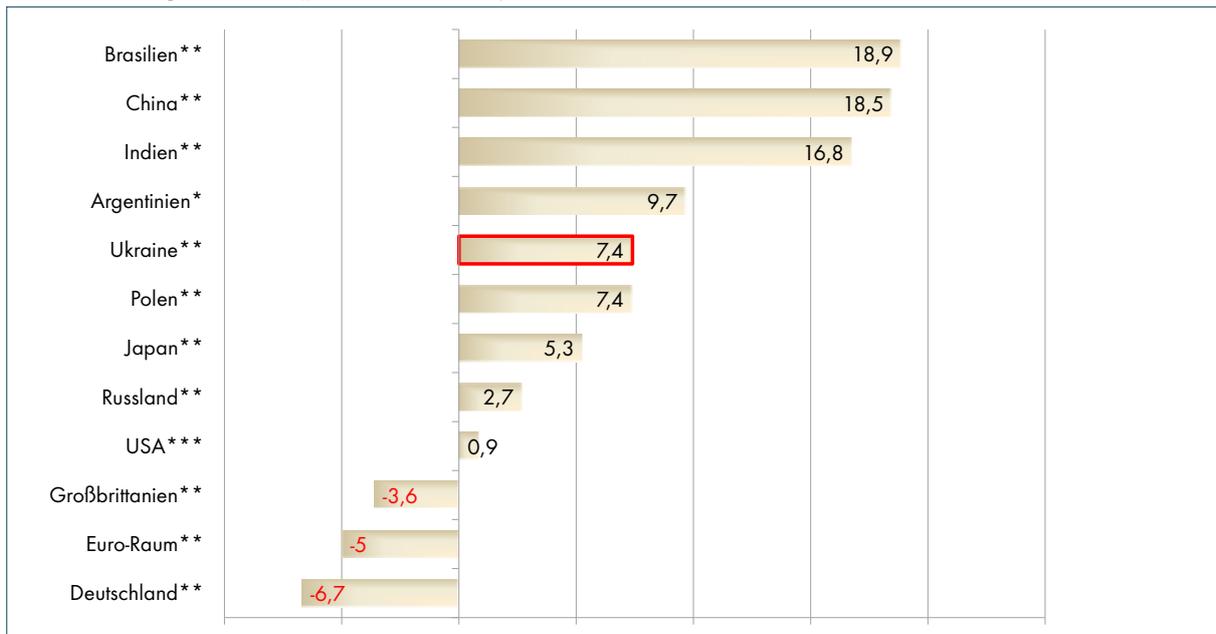
Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor 2/2010.

Statistik

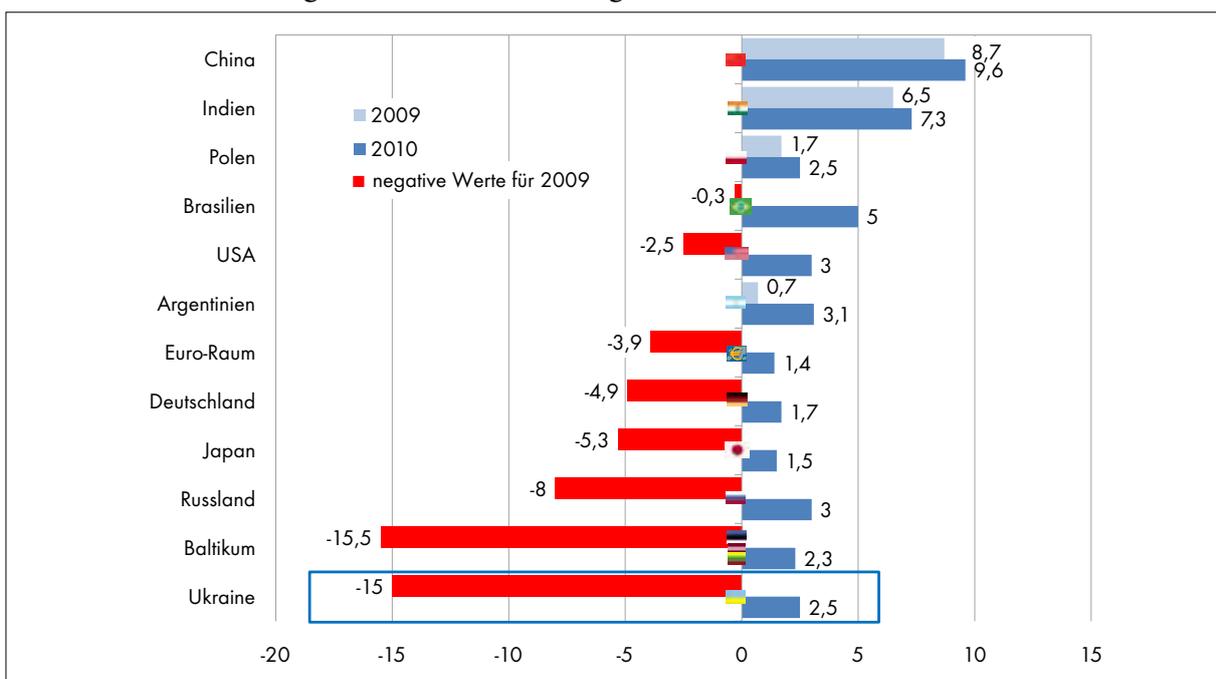
Die aktuellen ukrainischen Wirtschaftsdaten im internationalen Vergleich

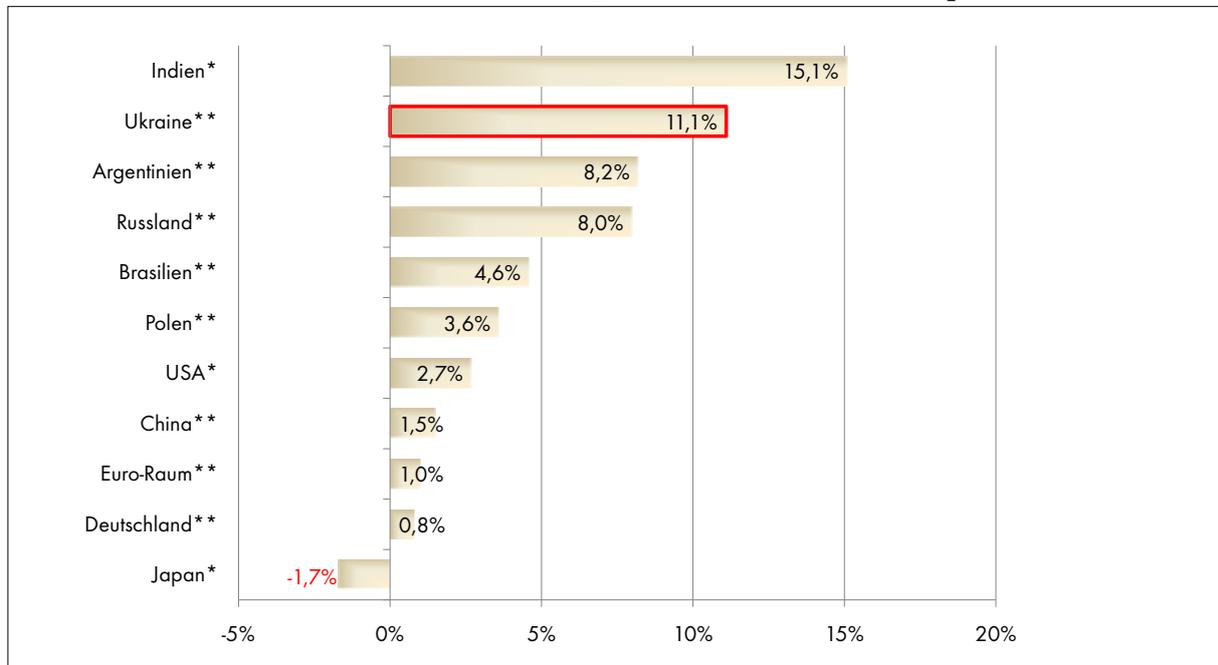
Grafik 1: Industrieproduktion (November, Dezember 2009 bzw. Januar 2010)

(Veränderung zum entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent)



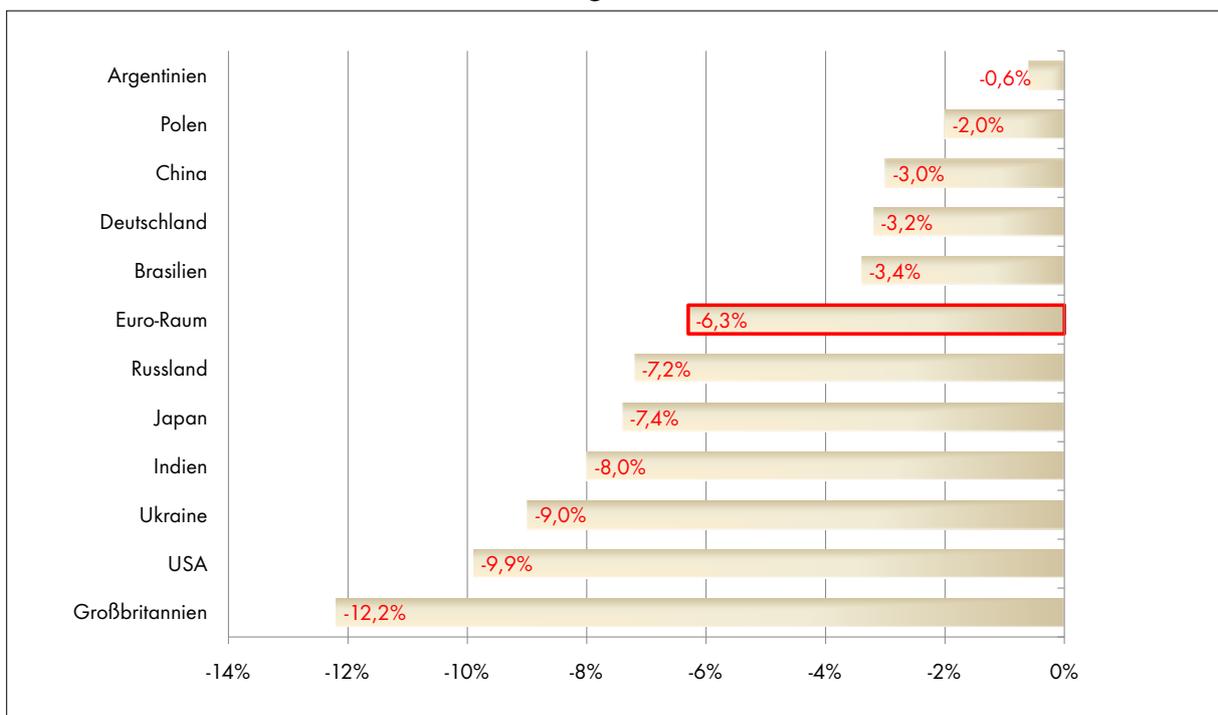
* = November 2009, ** = Dezember 2009, *** = Januar 2010

 Quelle: Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>
Grafik 2: BIP-Schätzung für 2009 und BIP-Prognose für 2010 des Economist

 Quelle: Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

Grafik 3: Inflationsrate (Dezember 2009 bzw. Januar 2010, Konsumentenpreise)


* = Dezember 2009, ** = Januar 2010

Quelle: Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

Grafik 4: Saldo des Staatshaushalts, Schätzung 2009 des Economist (als Anteil am BIP)


Quelle: Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

Kommentar

Versöhnen statt Spalten – in Kiew?

Von Ursula Koch-Laugwitz, Vasyl Andrijko und Taras Mykhalniuk, Kiew

Wahlergebnis

Viktor Janukowitsch (Partei der Regionen) hat die Stichwahl der ukrainischen Präsidentenwahl mit 48,95 % der abgegebenen Stimmen äußerst knapp gegen Julia Timoschenko (45,47 %) gewonnen. Die internationalen Wahlbeobachter haben keine gravierenden Verstöße festgestellt und dem Wahlverfahren insgesamt ein gutes Zeugnis ausgestellt. Die Zentrale Wahlkommission hat Janukowitsch offiziell zum Wahlsieger erklärt und seine Amtseinführung soll in einer Sondersitzung des Parlaments am 25. Februar 2010 stattfinden.

Nach der Wahl

Der latente Vorwurf der Wahlmanipulation, gerichtet an die Partei der Regionen, hatte nach den Erfahrungen von 2004 bereits den gesamten Wahlkampf begleitet. Ministerpräsidentin Timoschenko hatte in den Wochen vor der Stichwahl daraus auch ein zentrales Argument ihrer Kampagne abgeleitet. Aber die »Beschwörung des Teufels« ist bekanntlich auch das indirekte Eingeständnis eigener Unzulänglichkeit und schuf keine ausreichende Mobilisierung.

Zu tief sitzt in der Bevölkerung die Verunsicherung über die Zukunft im Angesicht der Wirtschafts- und Finanzkrise und groß ist die Frustration über das politische Dauerchaos und die politischen Eliten der letzten Jahre.

In den Tagen nach der Wahl zeigte sich das Janukowitsch-Lager staatstragend und besonnen, während Timoschenko tagelang öffentlich beredt schwieg. Dass ihre bisherige Koalition im Parlament fragil ist, hatte sie bei zwei Entscheidungen unmittelbar vor dem 7. Februar bereits schmerzhaft erfahren.

Aber bei aller Enttäuschung über die Niederlage, bietet das knappe Wahlergebnis für Timoschenko die Chance, politisches Gewicht in der ukrainischen Politik zu bewahren.

Gleichzeitig ist nicht zu übersehen, dass das Wahlergebnis für Janukowitsch mittelfristig nicht befriedigend sein kann. Nicht nur, dass er einen sehr knappen Sieg errungen hat, er hat auch die 50 % Marke klar verfehlt, seine Wählerschaft lebt ganz überwiegend in den Regionen im Süden und Osten, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Ukraine sind enorm und im Parlament hat er bislang keine (stabile) Mehrheit.

Timoschenko wird der Aufforderung zum freiwilligen Rücktritt kaum Folge leisten und selbst wenn ihr das Parlament mehrheitlich das Misstrauen ausspricht, bleibt sie so lange geschäftsführend im Amt, bis ein Nachfolger gewählt ist. Ob eine neue Koalition im alten Parlament zustande kommt oder der

neue Präsident vorgezogene Parlamentswahlen ausrufen muss, ist offen.

»Versöhnen statt Spalten« erscheint inhaltlich alternativlos, aber geht das in Kiew überhaupt?

Fraktionsbildung

Die politischen Interessenlagen sind extrem verschieden. Und politische Kompromisse, die von Verhandlungsführern erreicht werden, können sich zudem an den individuellen Interessenlagen der einzelnen Abgeordneten wieder brechen. Der Parlamentssprecher Wladimir Litwin hat die Ministerpräsidentin am 17. Februar um den Nachweis des Bestehens einer Regierungsmehrheit binnen zehn Tagen gebeten, nachdem der noch amtierende Präsident ein Gesetz unterschrieben hatte, das diesbezügliche bisherige Unklarheiten ausräumen soll. Danach reicht zum Nachweis der Regierungsmehrheit nicht mehr die allgemeine Erklärung von Fraktionen aus, sondern alle Abgeordneten einer Koalitionsmehrheit müssen dies individuell mit ihrer Unterschrift bestätigen.

Natürlich ist sofort Streit darüber entbrannt, ob dieses Gesetz seine Anwendung noch auf das bestehende oder erst das zukünftige Parlament finden soll. Jenseits davon öffnet diese neue Regelung allen wechselwilligen Abgeordneten ein vielleicht hochwillkommenes Argument für politisch-inhaltlich fragwürdige Seitenwechsel.

Janukowitsch sucht jetzt nach einer neuen Mehrheit im bestehenden Parlament, da die Partei der Regionen, wie auch alle anderen Parteien fürchten muss, bei Wahlen Stimmen an »neue« Gesichter wie Tihipko oder Jazenjuk zu verlieren. Und potenzielle Partner haben – mit Ausnahme der Kommunisten – einen hohen Preis.

Unter ihnen gehört der Block Litwin sicher zu jenen Fraktionen, die bei Wahlen den Sturz in die Bedeutungslosigkeit besonders fürchten müssen. Aber auch für Unsere Ukraine ist das Risiko groß.

Es ist schon seit einigen Monaten zu beobachten, wie dieser politische Block mit unklaren Zielen ausei-

inander driftet. Geht die persönliche Feindschaft zwischen Juschtschenko und Timoschenko am Ende über den politischen Verstand hinaus?

Sehr unterschiedliche politische Interessenlager innerhalb einer Partei aber, die im Fall einer Niederlage Janukowitschs auch einen Zerfall der Partei der Regionen nach sich gezogenen hätten, sind in der Ukraine nichts Ungewöhnliches. Parteien organisieren in der Ukraine ganz überwiegend noch die Interessen ihres Spitzenpersonals. Zusammenhalt bzw. Tagespolitik definiert sich nicht über Werte oder langfristige Politikkonzepte.

Sowohl in Unsere Ukraine als auch in geringerem Umfang im Block Timoschenko gibt es Abgeordnete, die sich aus wirtschaftlichen Gründen bald Janukowitsch anschließen werden.

Eine »große Koalition« der Ukraine, bestehend aus dem Block Timoschenko und der Partei der Regionen, über die im Sommer 2009 nicht zum ersten Mal vergeblich verhandelt wurde, kann taktisch kaum in Timoschenkos Interesse sein. Der gerade zu Ende gegangene Wahlkampf hat Timoschenkos Schwächen klar aufgezeigt. Dass sie denselben Fehler zweimal macht, ist wenig wahrscheinlich.

Timoschenko hat beim Obersten Verwaltungsgericht Klage gegen die Zentrale Wahlkommission eingereicht, um einen dritten Wahlgang zu erreichen. Sie zog die Klage jedoch zurück, weil sie keine Chance sah, dass ihrem Anliegen Erfolg beschieden sein würde und weil ihre politischen Freunde sie massiv dazu aufgefordert haben.

Über die Autoren:

Ursula Koch-Laugwitz ist Leiterin des Regionalbüros Ukraine & Belarus der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kiew; Vasyl Andrijko und Taras Mykhalniuk sind wissenschaftliche Mitarbeiter des Regionalbüros.

Mit der Verschiebung der für den 30. Mai 2010 geplanten Regionalwahlen, auf Antrag von Unsere Ukraine am 16. Februar, setzen im Übrigen die »etablierten« politischen Kräfte den aufstrebenden neuen Kräften um Tihipko und Jazenjuk auch auf dieser Ebene Grenzen. Die Partei der Regionen wird die gewonnene Zeit nutzen, um sich in der Fläche neu aufzustellen. Denn der ukrainische Präsident hat das Recht, Gouverneure zu berufen, die dann den Zugriff auf administrative und andere Ressourcen kontrollieren können.

Ausblick

Momentan spricht einiges dafür, dass Timoschenko sich auf die Oppositionsrolle vorbereitet und so die schnelle Rückkehr in die Verantwortung versuchen wird.

Wer auch immer in Kiew Verantwortung übernimmt, auf den warten große Herausforderungen, schwierige politische Entscheidungen und wenig Beifall seitens der Wähler.

Kurzfristig muss ein schwieriger Haushalt für 2010 vom Parlament beschlossen werden und die Regierung muss den Dialog mit dem IWF, dessen Stabilisierungshilfen die Ukraine so dringend benötigt, wieder aufnehmen. Ein zentrales Wahlversprechen von Janukowitsch aber, dessen präsidentiale Kompetenzen formal außen- und sicherheitspolitischer Natur sind, steht der Zusammenarbeit mit dem IWF diametral entgegen.

Die politischen Verhandlungen haben in Kiew lange vor dem 7. Februar 2010 begonnen und auf Überraschungen muss man am Dnjepr immer gefasst sein!

Chronik
Vom 10. bis zum 23. Februar 2010

10.2.2010	Das Parlament stimmt für ein Gesetz, das die seit Februar 2008 geltende Geschäftsordnung des Parlaments fest schreibt. Seit November 2009 hatte das Parlament ohne ein solches Gesetz gearbeitet. Es enthält die Regelung, dass eine Koalition aus Fraktionen gebildet wird und aus mindestens 226 Abgeordneten bestehen muss. Am 16.2. unterschreibt Präsident Viktor Juschtschenko das Gesetz.
10.2.2010	Der Gewinner der Präsidentschaftswahl Viktor Janukowitsch ruft Ministerpräsidentin Julia Timoschenko auf, ihr Amt aufzugeben und in die Opposition zu gehen.
12.2.2010	Der Wahlstabsleiter von Julia Timoschenko, Alexander Turtschinow, gibt bekannt, dass der Wahlstab Timoschenkos die Neuauszählungen der Stimmen in 1200 Wahlkreisen verlange, da der Wahlsieger Viktor Janukowitsch und seine Unterstützer Wahlfälschung begangen hätten.
14.2.2010	Der erste stellvertretende Justizminister Jewgenij Kornejtschuk erklärt, die Zentrale Wahlkommission habe mit der Bekanntgabe des amtlichen Endergebnisses der Präsidentschaftswahl gegen das Gesetz verstoßen, denn zunächst hätten alle eingegangenen Klagen bearbeitet werden müssen.
14.2.2010	Der Wahlgewinner Viktor Janukowitsch kündigt an, dass er das Parlament auflösen werde, wenn sich nicht eine stabile Koalition findet, die sein Programm unterstützt.
15.2.2010	Alexander Jefremow, erster stellvertretender Fraktionsleiter der Partei der Regionen, erklärt, dass seine Fraktion die Verschiebung der Regional- und Lokalwahlen von Mai auf September 2010 unterstütze, da eine Durchführung im Mai »ineffektiv« wäre. Tags darauf hebt das Parlament die Ansetzung der Wahlen für den 30. Mai 2010 auf, legt jedoch keinen neuen Termin fest. Die Inauguration des Wahlsiegers Viktor Janukowitsch wird auf den 25.2. festgesetzt.
16.2.2010	Wahlverliererin und Ministerpräsidentin Julia Timoschenko reicht beim Verwaltungsgericht Klage gegen die Zentrale Wahlkommission ein und fordert, die Ergebnisse der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl für ungültig zu erklären. Tags darauf nimmt das Gericht die Klage an und setzt das amtliche Endergebnis zunächst außer Kraft. Daraufhin beantragt der Block Timoschenko im Parlament die Aufhebung des Inaugurationstermins für Viktor Janukowitsch. Drei Tage später verweigern die Richter die Neuauszählung der Stimmen und am darauffolgenden Tag zieht Timoschenko ihre Klage zurück.
16.2.2010	Entsprechend der neuen Geschäftsordnung des Parlaments fordert Parlamentspräsident Wladimir Litwin von der Koalitionsfraktion, innerhalb von 10 Tagen eine Liste vorzulegen, auf der sich 226 Signatäre zur Koalition bekennen.
16.2.2010	Das Parlament der Autonomen Republik Krim wendet sich an das Parlament in Kiew mit dem Antrag, auf Russisch nun nicht mehr als »Werchowna rada«, sondern »Werchownyj sowet« bezeichnet zu werden. Des Weiteren wenden sich einige der Abgeordneten an das Verfassungsgericht, damit dieses die Verfassungsmäßigkeit der Verleihung des Heldentitels an den umstrittenen Unabhängigkeitskämpfer und Nationalistenführer Stepan Bandera durch Präsident Viktor Juschtschenko überprüfe.
19.2.2010	Die Partei der Regionen lässt im Parlament einen Misstrauensantrag gegen Ministerpräsidentin Julia Timoschenko registrieren.
23.2.2010	Die Partei Für die Ukraine sowie die Ukrainische Orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats und weitere Organisationen sprechen sich gegen den Besuch des Patriarchen der russisch-orthodoxen Kirche bei der Inauguration Viktor Janukowitschs am 25.2. aus, in deren Vorfeld der Patriarch einen Gottesdienst halten wird.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Veranstaltungshinweis

Veranstaltungen der DGO im Hinblick auf die Ukraine

1. März 2010

Nach der Präsidentschaftswahl – Wohin steuert die Ukraine?

Podiumsdiskussion mit Gernot Erler, Kostjantyn Hryschtschenko, Dr. Heike Dörrenbächer, Serhij Rachmanin, Montag, 1. März 2010, 18.30 Uhr Berlin im Haus der Commerzbank, Pariser Platz 1, ausgerichtet durch die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, die Bertelsmann Stiftung und die Deutsche Welle

April 2010

Dynamik oder Stillstand? Die Ukraine nach den Präsidentschaftswahlen

Berlin – April 2010, genaueres Datum wird noch bekannt gegeben, sehen Sie dazu auf die Internetseite www.dgo-online.org, Podiumsveranstaltung der DGO in Zusammenarbeit mit der GTZ und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

27.–28. April 2010

Fünfte Kiewer Gespräche: »Green New Deal auf Ukrainisch? Energiesicherheit, Energieeffizienz und erneuerbare Energien – die Rolle Deutschlands und der Ukraine in Europa«

27.–28. April 2010 Berlin, eine Veranstaltung der DGO, des Europäischen Austausches und pauci.org (Polish-Ukrainian Cooperation-Foundation)

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de